Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 86. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Generalkgl. (Zeitungsteil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Donnerstag, 20. Februar 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstages erklärte am 19. cr. Staatssekretär Dernburg auf eine Anfrage des Abgeordneten Storz (südd. Vp.), es handele sich nicht um die Absicht, Gefangene zu deportieren, sondern um solche Leute, die ihre Strafe verbüßt haben und Gelegenheit haben wollen, sich zu rehabilitieren. Die Diskussion sei indessen überflüssig, da aus finanziellen Gründen die Absicht nicht durchzuführen sei, ganz abgesehen davon, daß grundsätzliche Bedenken vorlägen. Die Justizminister der Einzelstaaten schienen sich zu dieser Frage auch noch nicht geäußert zu haben. Auch internationale Schwierigkeiten ständen dem Plane entgegen. Gegenüber dem Abgeordneten Erzberger, der hohe Tarifierung des Alkohols verlangt und das Verbot der Niederlassungen der Missionare bemängelt, während der Mohammedanismus sich frei entwickele, erklärt Staatssekretär Dernburg, die Absicht, die nördlichen Gebiete Togos vorläufig zu sperren, bestehe nicht, doch seien gegenwärtig die Verhältnisse so, daß im Interesse der Missionen selbst, wie zur Vermeidung von Verwickelungen ein Vordringen der Missionen in jene mohammedanischen Gegenden zu verhindern sei. Die Verhältnisse würden sich ändern, sobald die Eisenbahn nach Makpame fertiggestellt sei. Die Versuche, die Einfuhr von Spirituosen nach dem Togogebiet einzuschränken, würden dadurch beeinträchtigt, daß ein großer Teil der Einnahmen des Schutzgebietes gegenwärtig aus Spirituosenzöllen herrühre. Das Bestreben der Verwaltung sei darauf gerichtet, die jetzigen Arbeitssteuern der Eingeborenen durch Geldsteuern zu ersetzen, damit ein Ersatz für den Wegfall von Einnahmen infolge späterer Einschränkung der Spirituoseneinfuhr durch weitere Erhöhung der Zölle darauf geschaffen werde. Der Konsum sei bereits hoch tarifiert.

Die Kommission des Reichstages für das Vereinsgesetz nahm in der Sitzung am Mittwoch den Paragraphen 9 in folgender Fassung an:

Die Beauftragten der Polizeibehörden sind befugt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären 1. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist, 2. wenn die Zulassung der Beauftragten der Polizei nicht erteilt ist, 3. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden, 4. wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Aufreizung zum Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgender Vergehen enthalten. (Wenn die Versammlung aufgelöst ist, so hat die Behörde den Leiter der Versammlung die Gründe der Auflösung mitzuteilen, falls er binnen drei Tagen dies beantragt.) § 10 wird in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl der Abgeordneten Böhle (soz., 8 Elsaß-Lothringen) und Dr. Arnstadt (kons., Erfurt) beanstandet und beantragt Beweiserhebungen.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses stand am Mittwoch der Etat des Ministeriums des Innern zur Verhandlung. Nachdem ein Ministerialkommissar erklärt hatte, daß ein Nachtragsetat kommen würde, falls das Polizeikostengesetz Annahme fände, wurde zunächst verhandelt über eine Reihe zurückgewiesener Titel des Bauetats. Auf eine Anfrage, ob die Staatsregierung beabsichtige, das Scherlsche Sparkassensystem wieder zu lancieren, erklärte der Minister, daß Scherl seinerzeit die Sparkassen nicht gefragt habe. Wenn er mit neuen Anträgen an die Staatsregierung herantreten wolle, müsse er zunächst sich mit den Sparkassen in Verbindung setzen. — Auf längere Auseinandersetzungen über die Straßendemonstrationen der Sozialdemokratie erklärte der Minister, daß die polizeilichen Machtmittel ausreichten, und daß die Polizei keiner weiteren Unterstützung bedürfe. Es seien zirka 4000 Anzeigen an die Staatsanwaltschaft gegangen. Diese Straßendemonstrationen seien mit überlegter Strategie von der Sozialdemokratie ins Werk gesetzt. Wenn die Masse sich freiwillig auseinanderginge, werde mit den zulässigen Repressivmitteln vorgegangen. Die gegen solche Ansammlungen von einigen Seiten vorgeschlagene Feuerspritze hält der Minister nicht für ein geeignetes Mittel.

Auf eine Anfrage über die im vergangenen Jahre vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden erlassene Polizeiverordnung und die darin verfügte Beschränkung des öffentlichen Verkehrs erklärte der Minister, daß augenblicklich die Verhandlungen betreffend Anlage einer Versuchs- und Prüfungsbahn für Automobilfahrten in der Nähe von Frankfurt schwebten. Man habe in Aussicht genommen, diese Bahn ohne Niveauübergänge herzustellen. Weiter erklärte der Minister, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß Erwägungen darüber schwebten, die Regierungsbezirke Osnabrück und Aurich zu vereinigen. Auf eine aus der Kommission ergangene Anregung erklärte der Minister, daß er in absehbarer Zeit nicht in Aussicht nehmen könnte die Errichtung eines höchsten Gerichtshofes zur Beseitigung der Duplizität der Entscheidungen des Kammergerichts und des Oberverwaltungsgerichts. Gegenüber dem Vorschlag, von der Ministerialinstanz aus die Bestätigung der Assessoren an den Landratsämtern zu regeln, erklärte der Minister, daß er eine Schablonisierung nicht wünsche, sondern diese Frage in die Hand der Regierungspräsidenten lege.

Der Gesetzentwurf betreffend die Herstellung einer Eisenbahn-Dampffähren-Verbindung von Saßnitz nach Trelleborg wurde von der Landtagskommission unverändert genehmigt

Die Betriebseinnahmen der preußischen Staats-Eisenbahnen

wiesen im Januar d. Js. eine Zunahme von 1,8 Millionen Mark im Personenverkehr = 5,7 Prozent, von 1,5 Millionen Mark im Güterverkehr = 1,6 Prozent, von 0,9 Millionen Mark bei den sonstigen Einnahmequellen und im ganzen von 4,2 Millionen Mark gegenüber dem Januar des Vorjahres auf. Diese beiden Monate sind allerdings insofern nicht voll miteinander vergleichbar, als in diesem Jahre der in einem Teil des Landes als Festtag gefeierte Dreikönigstag auf einen Werktag und im Vorjahre dagegen auf einen Sonntag fiel. Bei dem Vergleich erscheinen aber die diesjährigen Einnahmen aus dem Personenverkehr etwas zu hoch, die aus dem Güterverkehr etwas zu niedrig. Man wird für beide mit einer Steigerung von etwa 2 bis 3 % rechnen können, was angesichts der wenig befriedigenden allgemeinen Geschäftslage nicht ungünstig erscheint. An der Gesamtschätzung der Betriebsergebnisse für das Jahr 1907 wird durch die Ergebnisse des Januar wenig geändert, zumal die Ausgaben sich nach wie vor auf einer außergewöhnlichen Höhe halten. So ist z. B. der Verbrauch an Kohlen im Januar wiederum um 8,3 Prozent gestiegen, veranlaßt einerseits durch den nicht unbeträchtlichen Verbrauch an der für die Zwecke der preußischen Staatsbahn weniger geeigneten englischen Kohle. Anderseits ist die Mehreinnahme zum großen Teil aus dem noch immer regen Kohlenverkehr entsprungen, der zu billigen Tarifen gefahren wird. Infolgedessen ist die Steigerung der Betriebsleistung stärker als die Einnahmesteigerung, was sich auch bei den Ausgabeteilen sehr bemerkbar macht.

Die gesundheitlichen Verhältnisse in den Schutzgebieten.

Mittwoch abend fand im Berliner Kultusministerium eine Versammlung von Verwaltungsbeamten, Geistlichen, Aerzten, sowie von Kolonial- und Missionsfreunden statt, in der die Aufbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den evangelischen Missionsgebieten, besonders aber in den deutschen Kolonien, durch Aussendung von entsprechend vorgebildeten Aerzten, Hebammen und Krankenpflegepersonen einmütig gefordert wurde. Die Gesundmachung der Schutzgebiete sei eine dringende Notwendigkeit und unerläßliche Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Erschließung. Man war einig darin, daß die Aerzte und ärztlichen Hilfspersonen mit den Missionsgesellschaften Hand in Hand gehen und in gemeinschaftlicher Arbeit tätig sein müßten. Zur Beschaffung der Mittel wurde ein Verein gegründet unter dem Namen: „Berliner Verein für ärztliche Mission", der in dem Hilfsgebiet der Berliner Missionsgesellschaft tätig sein soll. Von maßgebender Seite wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Kaiserin den Zielen des neuen Vereins ein warmes Interesse entgegenbringe und die Kolonialverwaltung dem Verein ihre Unterstützung nicht versagen werde.

Der Reichtum der Proletarierpartei.

Im „Vorwärts" quittiert der Parteikassierer für den Monat Januar über bare Eingänge im Betrage von rund 135 000 Mark. Die kapitalfeindliche Sozialdemokratie weiß, wie man hier wieder sieht, die Gelder zu nehmen, wo sie sie bekommt. Sie nimmt keine Rücksicht auf die von der sozialdemokratischen Presse beklagte angebliche Verschlechterung der Arbeiterlage. Wer Sozialdemokrat ist, muß bluten — und das gründlich. Allein aus den Wahlkreisen Groß-Berlins sind im vergangenen Januar „à conto" 15 000 Mark abgeliefert worden. Die Gewinne aus den Parteigeschäften aber haben erst den Kohl fett gemacht. Die „Vorwärts"-Buchhandlung hat 15 000 Mark, der „Vorwärts" selbst sogar über 42 500 Mark für das vierte Quartal 1907 zur Parteikasse abgeführt. Das Geschäft mit der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und dem „Wahren Jakob" brachte dagegen nur 5000 Mark ein. Dafür liefert X. Y. Z. diesmal 35 000 Mark ab, und der Zinsertrag „aus dem Marxismus", also aus dem von Lazy vermachten Kapital, beziffert sich auf fast 5000 Mark. Die in der Theorie den Kapitalismus bekämpfende Sozialdemokratie fühlt sich bei der Ausübung kapitalistischer Praxis offenbar recht wohl, am wohlsten natürlich derjenige Teil von ihr, der — an der Krippe sitzt.

Die Zahl der Selbstmorde in Preußen

belief sich im Jahre 1906 auf 7298 Personen, 5584 männliche und 1714 weibliche. Danach hat sich diese Zahl den Jahren 1903 bis 1905 gegenüber etwas vermindert. Während 1903 auf 100 000 Einwohner 34, 1904 und 1905 je 32 Selbstmorde kamen, lautete im Jahre 1906 diese Ziffer 30. Was die Beweggründe betrifft, die zum Selbstmorde geführt haben, so teilt die „Statistische Korrespondenz" mit, daß nach den Erhebungen für das Jahr 1906 von je 100 Selbstmorden zurückzuführen waren: auf Lebensüberdruß im allgemeinen 6,6 männliche, 3,6 weibliche, auf körperliche Leiden 10,3 bezw. 8,8, Nervenkrankheit 3,3 bezw. 6,5, Geisteskrankheit 21,1 bezw. 33,9, Geistesschwäche 1,0 bezw. 2,2, Alkoholismus 11,6 bezw. 1,3, Leidenschaften 2,8 bezw. 6,3, Laster, Ausschweifung, liederliches Leben 0,5 bezw. 0,2, Trauer und Kummer 9,4 bezw. 7,4, Reue, Scham, Gewissensbisse 7,3 bezw. 6,9, Aerger und Streit 1,6 bezw. 1,8, auf anderweitige und unbekannte Beweggründe 24,5 bezw. 21,1.

Die Art und Weise, in welcher die Ausführung des Selbstmordes erfolgt ist, ist im allgemeinen eine sehr mannigfaltige; doch sind es vornehmlich zwölf Mittel, die seitens der Lebensmüden zur Erreichung ihres Vorhabens in Anwendung kommen, nämlich in der Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Anwendung: Erhängen, Ertränken, Erschießen, Einnehmen von Gift, Ueberfahrenlassen durch die Eisenbahn, Sturz aus der Höhe, Schnitt in den Hals, Einatmen giftiger Gase, Oeffnen der Adern, Erstechen, Erdrosseln oder Erwürgen und Aufschneiden des Bauches.

Deutsches Reich.

* **Die Sandschak-Bahn.** Die „Nordd. Allgem. Ztg." druckt den Text des Artikels 25 des Berliner Vertrages vom Jahre 1878 ab und fügt folgende Bemerkung hinzu: Hiernach ist in der Frage der Sandschak-Bahn das Recht Oesterreich-Ungarns innerhalb des Status quo ganz unbestreitbar.

* **Apothekerverein und Reichs-Apothekengesetz.** Seitens des Reichsamts des Innern ist bekanntlich im vorigen Jahre in Entwurf eines Reichs-Apothekengesetzes, der auf der allgemeinen Durchführung der rein persönlichen Betriebsberechtigung beruht, der öffentlichen Kritik unterbreitet worden. Der Deutsche Apotheker-Verein, dem der Entwurf vom Reichsamte zur Aeußerung vorgelegt wurde, hat nunmehr einen Gesetzentwurf aufgestellt, dem Reichsamte überreicht und in der „Apotheker-Zeitung" veröffentlicht. Dieser Gesetzentwurf beruht auf der allgemeinen Vererblichkeit und Veräußerlichkeit der Apothekerbetriebsberechtigungen. Als Entgelt für die Veräußerlichkeit soll der Empfänger der Konzession bei ihrem erstmaligen Uebergange in andere Hände durch Vererbung oder Verkauf eine prozentuale Abgabe vom Konzessionswert an den Staat entrichten, deren Erträge zu Zwecken der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung der Apotheker verwandt werden soll. Um die etwaige Veräußerung der Apotheke unmittelbar nach ihrer Eröffnung zu verhindern oder doch möglichst zu erschweren, soll die Abgabe zuerst sehr hoch bemessen werden, also z. B. im ersten Jahre so hoch sein, daß dem Verkäufer nur ein Betrag übrig bliebe, die nicht mehr als etwa den Ersatz der für die Errichtung der Apotheke gehabten Auslagen darstellte. Die Abgabe soll sich dann mit der Zeitdauer der Führung der Apotheke durch den Konzessionar allmählich nach unten abstufen.

* **Die Broschüre des Anarchistenführers.** Die dritte Strafkammer des Landgerichts I Berlin verurteilte am Mittwoch den Redakteur und Former Rudolf Oesterreich wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit und Aufforderung zu strafbaren Handlungen zu 1½ Jahren Gefängnis, den Metallarbeiter Richard Gohl zu 2 Wochen Gefängnis. Die anderen Angeklagten wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die Angeklagten waren beschuldigt, eine Broschüre des holländischen Anarchistenführers Domela Nieuwenhuis mit dem Titel „Krieg dem Kriege" im Verlag genommen, beziehungsweise verbreitet zu haben. Im Interesse der Staatssicherheit wurde während der ganzen Dauer der Sitzung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

* **Der sozialdemokratische Terrorismus vor der ersten badischen Kammer.** In der ersten Kammer begründete Oberamtsrichter Dr. Freiherr v. la Roche-Starkensels eine Interpellation über einen Fall von sozialdemokratischem Terrorismus, der sich an dem Neubau des Lehrerseminars in Heidelberg ereignete. An diesem staatlichen Bau wurden damals Arbeiter auf Verlangen der Gewerkschaftler entlassen, weil sie christlich-national organisiert waren. Freiherr v. la Roche bezeichnete dieses Vorkommnis als einen Akt des brutalen Terrorismus und gab der Erwartung Ausdruck, daß es bei diesem einen Fall bleiben werde. Ministerpräsident Frhr. v. Dusch erwiderte, die Bauleitung sei nicht in der Lage gewesen, einzugreifen, und die Regierung könne einen direkten Einfluß nicht ausüben. Sie werde jedoch in Erwägungen eintreten, ob man nicht in die Verträge entsprechende Bestimmungen aufnehmen könne, um ähnliche bedauernswerte Vorgänge zu verhüten. Das wäre das allerwindeste, das geschehen müßte.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Holle.

Die Einzelberatung des Kultusetats wird beim Kapitel Elementarunterrichtswesen fortgesetzt. Erster Redner ist

Abg. **v. Brandenstein** (kons.): In der Kommission wurde auch die Frage angeschnitten, ob nicht zur Milderung des Lehrermangels die Zahl der Lehrerinnen erheblich zu vermehren sei. Dem steht sicher entgegen, daß z. B. in Einklassenschulen die Lehrerin versagen würde. Abg. Kopsch hat aber früher darauf hingewiesen, daß in Berlin von 100 Lehrpersonen 37 Lehrerinnen sind, und diese Verschiebung zum Nachteil der Lehrer wird inzwischen noch weitere Fortschritte gemacht haben. Die Auffassung des Abg. Kopsch steht der meinen direkt entgegen. Gegenwärtig sind in Preußen unter 103 000 Lehrkräften 15 Prozent Lehrerinnen, also nur etwa ein Sechstel. Die meisten Mädchen könnten von Lehrerinnen unterrichtet werden. Man bedenke aber, daß Erzieherinnen auch Knaben bis zu hohen Klassen des Gymnasiums vorbereiten, und in Amerika ist der Volksschullehrer eine ganz unbekannte Erscheinung. Bei den Protestanten kommt nur auf acht Lehrer eine Lehrerin, bei den Katholiken schon auf drei Lehrer. Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Sicher ist der Beruf der Lehrerin der weiblichen Eigenart mehr angepaßt. Die Vermehrung der Seminare für Lehrerinnen ist viel eifriger zu betreiben als bisher. Der neue Etat bringt 12 neue Seminare, aber keins für Lehrerinnen. Auch die Stellung und die Gehaltsätze der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802202-19/fragment/page=0001

Lehrerinnen entsprechen noch nicht überall den berechtigten Wünschen, obwohl auch ich eine völlige Gleichstellung mit den Lehrern ablehne. Viele Gemeinden verharren leider hier noch in den durchaus rückständigen Anschauungen des Abgeordneten Kopsch. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ministerialdirektor **Schwartzkopff:** Die Regierung steht der Beschäftigung von Lehrerinnen freundlich gegenüber. In den Jahren 1902/06 sind 3161 Lehrerinnenstellen begründet und nur 8129 Lehrerstellen. Von seiten des Staates geschieht für die Ausbildung von Lehrerinnen alles nur Mögliche. Seit 1902 ist die Zahl der Seminare für Lehrerinnen von 10 auf 18 gestiegen. Der Minister ist aber noch in Erwägungen eingetreten, ob den Privatseminaren bei der Abschlußprüfung gewisse Erleichterungen zu gewähren sind. Jedenfalls steht der Minister der Beschäftigung von Lehrerinnen freundlich gegenüber.

Abg. **Ohsling** (freis. Vp.) bedauert, daß die Volksschulferien kürzer bemessen sind als die Ferien an höheren Schulen.

Ministerialdirektor **Schwartzkopff** verteidigt die ministerielle Ferienordnung von 1904. Diese hat den Volksschulferien 70 Tage gewährt, während Minister v. Goßler 65 Tage als Höchstmaß bezeichnet. Eine einheitliche Regelung war unerläßlich. Die neue Ferienordnung hat für 56 000 Orte eine Verlängerung und nur für 68 Orte eine Verkürzung der Volksschulferien gebracht.

Abg. **Ernst** (freis. Vgg.) (schwer verständlich) bespricht den Ministerialerlaß, nach welchem Lehrer, die ungeeignet seien, nicht in den Schulvorstand gewählt werden sollen. Ungeeignete Lehrer gehörten noch weniger in die Schule.

Geheimrat **Altmann** erwidert, der Erlaß bezeichne nur einstweilig angestellte ledige Lehrer als ungeeignet zu Schulvorstandsmitgliedern.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) bestätigt, daß die Verhandlungssprache vor Gericht nur das Deutsche sei.

Vizepräsident Dr. **Krause:** Sie werden wohl selbst empfinden, daß dies nicht zum Kultusetat gehört.

Abg. **v. Czarlinski** (fortfahrend) mißbilligt, daß der Religionsunterricht nicht in der Muttersprache erteilt wird, und fordert Beseitigung der Prügelstrafe aus dem Schulunterricht. Nach dem Bericht eines Frankfurter Blattes ist, wenn auch nicht in letzter Zeit, in Hessen ein Kind so geprügelt worden, daß es nach wenigen Tagen verstarb.

Kultusminister **Holle** erwidert, daß der Religionsunterricht polnischen Kindern nur dann in deutscher Sprache erteilt werde, wenn sie des Deutschen hinreichend mächtig seien. Rohe Züchtigung der Kinder ist zu verabscheuen. In dem vom Vorredner geschilderten Falle ist ein Strafverfahren gegen den Lehrer eingeleitet. Wenn freilich so gegen die Lehrer gehetzt wird wie in der Ostmark, wenn es sogar zum Mordversuch kommt, dann ist auch zu verstehen, daß die Lehrer schließlich nervös werden.

Abg. **Schrader**-Sussel (nl.) fordert gleiche Dauer und gleiche Termine für die Ferien aller Schularten. Wie kommt es, daß in Orten, in denen ein Lehrer wirkt, hier und da die Ortsschulaufsicht doch dem Geistlichen übertragen ist?

Minister **Holle:** Es kann sich hier nur um ein Uebergangsstadium handeln. Der Geistliche sollte durch die Entziehung der Ortsschulaufsicht nicht verletzt werden. Ob ein Hauptlehrer mit der Schulaufsicht beauftragt werden könne, hänge von den Verhältnis des Hauptlehrers zu den übrigen Lehrpersonen ab.

Abg. **Dittrich** (Ztr.) tritt in der Lehrerinnenfrage dem Abg. v. Brandenstein bei.

Abg **Rzesnitzek** (kons.) bedeutet, seine Freunde werden dafür sorgen, daß der Religionsunterricht sachgemäß erteilt wird, aber auch, daß die Schulen deutsche Erziehungsanstalten bleiben.

Ein Schlußantrag wird angenommen. In der Einzelberatung werden mehrfach lokale Wünsche befürwortet. So wünscht

Abg. Dr. **Arendt** (kons.) eine neue Präparandenanstalt im Mansfelder Kreise.

Abg **Fischbeck** (frs. Vp.) rollt nochmals den Liegnitzer Fall auf. Herrn Teros, dem Geschäftsführer der Volksbildungsgesellschaft, werfe man vor, er sei ein einseitiger Parteimann In der Liegnitzer Schulabteilung aber sitze gleichfalls ein ausgesprochener Parteimann. Hier sei geradezu ein Schulbeispiel gegeben, wie Beamte in die Wahlagitation eingreifen trotz der schönen Erklärungen des Reichskanzlers.

Kultusminister **Holle:** In der Kommission hat ein konservativer Redner die Auswahl der Bücher in der Volksbildungsgesellschaft darauf zurückgeführt, daß der Geschäftsführer ein politischer Parteimann sei. Der Vorredner hat bereits damals darauf hingewiesen, in der Liegnitzer Regierung sei ein Beamter — der mit dieser Sache nichts zu tun hat — auch ein eifriger politischer Parteimann. Ich habe mich schon damals dagegen gewehrt, daß ohne einen Zusammenhang der eine oder andere Beamte herausgegriffen wird, der irgend einer Partei sympathisch ist. Der Oberpräsident und der Regierungspräsident haben übereinstimmend bekundet, daß der betr. Liegnitzer Schulrat ein außerordentlich tüchtiger Beamter sei. Mit diesem Urteil kann ich mich begnügen. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Tourneau** (Ztr.) sucht nachzuweisen, daß für die Schulverhältnisse der katholischen Minderheit in den Regierungsbezirken Merseburg und Magdeburg nicht genügend gesorgt sei. Als Redner diese Verhältnisse näher entwickelt, erhebt

Präsident **v Kröcher** Protest gegen den Ausdruck der allgemeinen Besprechung und verursacht schließlich unter großer Heiterkeit das Abtreten des Redners. Ebenso ergeht es unter zunehmender Heiterkeit den Abgg. **Berndt** (nl.) und **Faßbender** (Zentrum).

Auf neue Beschwerden des Abg. **Fischbeck** sagt

Minister **Holle** eine Untersuchung darüber zu, ob jener Liegnitzer Schulrat tatsächlich so politisch-agitatorisch tätig gewesen sei, wie es sich für einen Beamten nicht ziemt.

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) begründet einen Antrag, die für Potsdam bestimmte neue Stelle eines Kreisschulinspektors zu streichen.

Minister **Holle** bittet, nichts zu streichen, da der Finanzminister auch schon abgestrichen habe. (Hört! hört! links.)

Abg Dr. **Porsch** (Ztr.) ist für den konservativen Antrag.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.) hält die neue Potsdamer Stelle für hinreichend begründet und sieht in dem Antrage nur eine konservativ-klerikale Kraftprobe.

Die Abgg. **Fischbeck** (frs. Vp.), **Ernst** (frs. Vgg.) und **Kopsch** (frs. Vp.) sind gegen den Antrag. Dabei meint Abg Kopsch, der Antrag zeige, wie schnellen Erfolg das Liebeswerben des Abg. Dr. Dietrich Hahn beim Zentrum habe. (Heiterkeit.)

Der konservative Antrag wird mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Polen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

105. Sitzung vom 19. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. **Nieberding.**

Die Beratung des

Etats des Reichs-Justizamtes

wird fortgesetzt.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Wie der Abg. Heinze gegen die Klassenjustiz losgezogen ist, war erfreulich. Aus nationalliberalem Munde habe ich so etwas noch nicht gehört. Wohl auf dem tiefsten Niveau in der Rechtsprechung ist Hamburg angelangt. Das zeigt die Rechtsprechung dort gegen die ihr Koalitionsrecht wahrenden Mitglieder des Hafenarbeiter-Verbandes aus Anlaß des Streiks der Schauerleute. Das Urteil ist diktiert von den Interessen des Arbeitgeber-Verbandes und wird von dem Oberlandesgerichte kaum aufrecht erhalten werden können.

Redner wirft dann der Richterschaft Amtsmißbrauch gegen angeklagte Arbeiter vor, die stets ungesetzlich behandelt würden, sobald es feststehe, daß sie Sozialdemokraten seien. Das sei Klassenjustiz, gegen die in schärfster Weise Stellung genommen werden müsse. (Beifall der Sozialdemokratie.) Redner befürwortet dann noch die Resolution seiner Partei betreffend Sondergerichte für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern einerseits sowie Bureaugehilfen, ländlichen Arbeitern und Gesinde andererseits. Er verurteilt dabei auf das schärfste die Ministerialverfügung betr. Legitimationskarten für ausländische Arbeiter. Die Verfügung bedeute einen Verstoß gegen die Reichsverfassung und besonders auch einen offenbaren Bruch der Handelsverträge. Das stärkste dabei ist, daß die Verfügung erlassen sei für ganz Deutschland. Wie könne das Reich sich so etwas gefallen lassen! Wo man hinsehe, überall sehe man den Arbeiter rechtlos und wehrlos. Die Rechtsordnung mache Bankerott! (Bravos bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding:** Die Frage wegen der Legitimationskarten gehört vor das Ressort des Reichsamtes des Innern. In Jena haben Sie (zu den Soz.) gesagt, die Klassenjustiz sei es, die die Massen aufpeitsche. Ich glaube, die Ausführungen des Vorredners waren nicht gerade aufregend. Draußen im Lande sprechen Sie von der Klassenjustiz immer anders als hier. Nun hat ja der Vorredner eine Anzahl von Einzelfällen erwähnt, die das beweisen sollen, was er behauptet. Aber in der Regel liegen die Fälle anders, als er sie darstellt. Vor allem sind Einzelfälle keinesfalls geeignet, allgemein von Klassenjustiz zu sprechen. Wenn der Vorredner sagt, die Richter können sich in die Lage der Arbeiter nicht hineinversetzen und sie fällen gegen Arbeiter drakonische Urteile, gegen andere Personen dagegen milde, so trifft das nicht zu. Mißgriffe werden immer vorkommen! Aber draußen im Lande versteht man unter Klassenjustiz etwas anderes, man versteht darunter absichtliche tendenziöse Rechtsprechung gegen Arbeiter. Eine solche besteht nicht. Deshalb werde ich auch nicht aufhören, hier zu protestieren gegen den Vorwurf der Klassenjustiz. (Bravo rechts.)

Abg. **Groeber** (Ztr.) ist überzeugt, daß Stadthagen übertreibe. Wenn jugendliche Arbeiter Dummheiten machen, so werde das Urteil sicherlich auch nicht immer so streng ausfallen. Aus dem Vorkommen einzelner Fehler könne doch nicht gleich auf eine Klassenjustiz geschlossen werden. Man denke doch an die vielen Hunderttausende einwandsfreier Urteile. Richtig sei, was die zivilrechtliche Rechtsprechung anlange, daß die Richter das Erwerbsleben vielleicht nicht immer genug kennen, um in Erwerbsstreitfällen stets das Richtige zu treffen. Deshalb habe man ja auch Gewerbe- und kaufmännische Gerichte eingeführt, wo dem Richter kaufmännische Laien zur Seite stehen. Haben wir erst volkstümliche Gerichte mit Laienrichtern, so werde jedenfalls der Ruf nach weiteren Sondergerichten nachlassen. Was die vorliegenden Resolutionen anlangt, so stimme er denen betreffend Strafvollzug zu, ebenso der betr. Jugendgerichte. Ungeeignet erscheine ihm dagegen der v. Lieberscke Vorschlag betr. Deportation. Weiter befürwortet Redner den Antrag seiner Partei (Antrag Hompesch) betr. Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung, wofern mit der straffälligen Handlung keine ehrlose Gesinnung verbunden sei. Der Redner erklärt sich für Diäten für Schöffen und Geschworene in der Form des freisinnigen Antrages, wünscht die Anträge über den Zeugniszwang der Abgeordneten beim Etat des Reichstags zu behandeln. Er sei aber gegen neue Sondergerichte. Er begründet dann ausführlich den von seiner Partei früher schon eingebrachten Antrag auf Schaffung eines Tarifvertragsrechts.

Abg. **Ablaß** (frs. Vp.) spricht sich für den Antrag Bassermann auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug für Jugendliche aus. Die Kriminalität der Jugend sei erschreckend gewachsen. Die Prostitution müsse lokalisiert werden, damit Kinder nicht mit ihr zusammenkommen. Die Mehrzahl seiner politischen Freunde lehne unter allen Umständen besondere Jugendgerichte und damit eine weitere Zersplitterung unserer Gerichtsverfassung ab. Einer Gesetzgebung zum Schutz gegen den Schmutz in Wort und Bild würde ich mit Freuden zustimmen. Aber unter keinen Umständen darf die Freiheit der Kunst dabei eingeengt werden. Redner führt ein Breslauer Urteil an, in dem die Bilder von nackten Frauengestalten als objektiv unzüchtig bezeichnet worden sind. Pornographisch war hier nur die Darstellung von Staatsanwalt und Gericht. Daß die betreffende Kunsthandlung nur einwandfreie Bilder liefert, dafür habe ich Proben auf den Tisch des Hauses niedergelegt. (Die Bilder werden eifrig studiert.) Das Eingreifen der Staatsanwaltschaft im Prozeß Moltke-Harden war unzulässig. Unklar ist überhaupt, wann die Staatsanwaltschaft das öffentliche Interesse annimmt.

Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung. — Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die Meldung der Petersburger „Börsenzeitung", der zufolge ein österreich-ungarisches Geschwader nach Saloniki entsendet werden soll, entbehrt jeder Begründung. Die am 29. Februar von Teodo auslaufende Escadre wird ausschließlich Häfen des westlichen Mittelmeeres anlaufen.

Italien. Im Nasiprozeß führte der Verteidiger Lombardos aus, Lombardo sei nur ein Werkzeug in den Händen Nasis gewesen. Er vertraue auf die Freisprechung seines Klienten. — Der Verteidiger Nasis leitete die Anklagen gegen Nasi aus persönlicher Gehässigkeit her und wies die Beschuldigung der Unterschlagung und Fälschung zurück. Nasi habe in seinem ganzen Leben stets Beweise der Integrität gegeben. In diesem Augenblick erlosch das elektrische Licht im ganzen Saale. Da man im Dunkeln nicht weiter verhandeln konnte, so wurde die Sitzung unter großer Heiterkeit geschlossen.

Spanien. Abteilungschef im Ministerium des Aeußeren Merry del Val ist, wie uns heute aus Madrid bestätigt wird, zum spanischen Gesandten in Tanger ernannt worden.

Marokko. Die Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Tanger, daß El Torres, nachdem ihm durch den spanischen Geschäftsträger die Besetzung von Mar Chica mitgeteilt worden war, im Namen des Sultans dagegen protestiert habe. Der Machsen habe 30 000 Pesetas geschickt, damit die Mahalla Mar Chica wieder besetze. — Ferner wird uns aus Paris gemeldet: Admiral Philibert bestätigt, daß am Oued-Tamasin ein Gefecht gegen den Mdalerastamm stattfand. Die Aktion der französischen Truppen wurde von den Mzab unterstützt, die sich tags zuvor unterworfen hatten. Die Verluste der Mdalera sind ziemlich empfindlich. Ebenso bestätigt Philibert, daß Oberst Taupin am 16. und 17. Februar eine bedeutende marokkanische Abteilung in die Flucht schlug, die ihn im Defilee von Berrebah, 25 Kilometer südöstlich von Fedalah, angegriffen hatte. Die französischen Truppen trieben den Feind mit dem Bajonett siebenmal zurück. Zwei Offiziere und mehrere Mann wurden getötet, drei Offiziere und 20 Mann verwundet. — Bei Redaktionsschluß wird uns noch aus Tanger gedrahtet: Mulay Hafid hat den Gouverneur von Mekines, Asbascha, zum Gouverneur von Fes ernannt mit dem Befehl, eine starke Mahalla in jenem Bezirk zu bilden und vorzurücken, um Rabat zu belagern.

Nordamerika. Die Gerüchte, daß die Regierung wegen des japanischen Vorgehens in der Mandschurei bei der japanischen Regierung Protest einlegen werde, werden vom Staatsdepartement als durchaus unzutreffend bezeichnet.

Vorderindien. Nach einer Meldung aus Kalkutta hat General Willcocks, begleitet von einer gemischten Kolonne, Mittwoch morgen die befestigten Türme der Ortschaft China zerstört. Bei dem Rückmarsch zum Lager wurde die englische Truppe andauernd von den Zakkahels angegriffen; drei Offiziere und acht Mann erlitten Verwundungen, drei Mann lebensgefährliche.

Aus Nah und Fern.

Von der Eisenbahn. Aus Paderborn erhalten wir unterm 19. Februar folgende amtliche Meldung: Heute 6 Uhr morgens wurden bei Durchfahrt des Güterzuges 6488 durch den im Umbau begriffenen Reelsener Tunnel siebzehn im Tunnel aufgestellte Gerüstböcke durch eine Ladung alter Brückenteile, die ins Schwanken geraten war, umgerissen und hierdurch die Strecke gesperrt. Gleis und Betriebsmittel nicht beschädigt. Ein Arbeiter des Bauunternehmers leicht verletzt. Personenverkehr durch Umsteigen und Pendelbetrieb, Güterverkehr durch Umleitung über Nörde aufrechterhalten. Strecke wird heute abend 6 Uhr wieder fahrbar. — Bei Förchingen (Lothr.) fuhr ein Güterzug mit einem Rangierzuge zusammen. Ein Rangierer wurde getötet. Drei Zugbeamte wurden verletzt. Der Materialschaden ist groß.

Dampfer untergegangen. Die Breslauer Abendblätter melden: In der Nacht zum 19. cr. bald nach 12 Uhr ist in der Ohlemündung der Dampfer „Fürst Bismarck" untergegangen, der den Postverkehr zwischen Breslau und Jeltsch vermittelt und am 19. cr. nach dem Odereisgang zum ersten Mal ausfahren sollte.

83 000 Arbeiter ausgesperrt. Wie wir aus London erfahren, hat die von den Besitzern der Tyne-Schiffbau-Werften angekündigte Aussperrung an der Nordostküste am 19. cr. begonnen. Sie ist die Folge eines Beschlusses der Arbeiter, der sich gegen eine Herabsetzung der Löhne ausgesprochen hatte. Die durch den Stillstand der Werke betreffene Gesamtzahl der Arbeiter beträgt 83 000 Mann.

Wegen versuchten Raubmordes. Die Strafkammer in Trier verurteilte wegen versuchten Raubmordes und Beihilfe dazu den 15jährigen Selbach zu sechs Jahren und den 14jährigen Riemer zu sechs Monaten Gefängnis. Sie hatten die Frau eines Bäckermeisters im Laden überfallen und durch Beilschläge schwer verletzt.

Erdstöße. In zahlreichen Ortschaften an der Ostseite des Aetna wurden Mittwoch morgen drei leichte Erdstöße verspürt.

Das deutsche Seemannsheim in Konstantinopel. In Gegenwart der Gemahlin des deutschen Botschafters Freifrau von Marschall fand am Mittwoch die feierliche Eröffnung eines deutschen Seemannsheims statt.

Spion? Die Pariser Polizei verhaftete am 18. cr. unter dem Verdacht der Spionage den Architekten Krumholz aus Steiermark und seine Geliebte Gertrud Brieger aus Meißen. In der Wohnung des Krumholz fanden sich ein Plan und verschiedene Briefe, aus denen hervorgeht, daß er sich besonders mit Ballons befaßte und zu wiederholten Malen mit Juliot, dem Ingenieur der Fabrik Lebaudy, der die „Patrie" steuerte, in Verbindung zu treten suchte.

Aus Medina wird telegraphisch gemeldet, daß an den heiligen Stätten die Arbeiten für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung begonnen haben.

Selbstmord eines Mitarbeiters Edisons. In einem Anfalle von Melancholie infolge Ueberarbeitung beging, wie aus New-York gemeldet wird, John Randolph, der seit über 15 Jahren Edisons rechte Hand war, Selbstmord, indem er sich in seinem Keller eine Kugel in den Kopf schoß. Edison fuhr, als er die Nachricht erhielt, sofort in einem Automobil in rasender Eile nach dessen Wohnung und kam gerade zur rechten Zeit, um Randolphs Frau, die Mutter von drei kleinen Kindern, vom Selbstmord abzuhalten. Sie wollte eben aus dem Fenster des obersten Stocks springen, als Edison sie an den Kleidern ergriff. Ein furchtbarer Kampf zwischen den 61jährigen Erfinder und der vor Schmerz wahnsinnigen Frau entspann sich. Schließlich kam Hilfe und man beruhigte die Rasende mit Schlafmitteln.

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. **Delitzsch**, 19. Febr. (Familientragödie.) In Schöneberg bei Berlin vergiftete kürzlich die geschiedene Kaufmannsfrau Anna Degen aus Delitzsch infolge zerrütteter Familienverhältnisse und Nahrungssorgen ihre beiden Kinder, ein neunjähriges Mädchen und einen sechsjährigen Knabe, und sich selber durch Gas.

⊙ **Bernburg**, 19. Febr. (Einen verhängnisvollen Ausgang) hat ein Unfall genommen, der sich vor einigen Wochen hier zugetragen hat. Die Frau des Lehrers Gorsch stürzte bei der Winterglätte vor der Karlskaserne auf das Pflaster und erlitt einen komplizierten Beinbruch. Jetzt ist die Verunglückte nach schmerzvollem Krankenlager an den Folgen dieses Sturzes gestorben. Der Ehemann der Verstorbenen hat bei dem Militärfiskus Schadenersatzansprüche eingereicht, da, wie er behauptet, auf der Unfallstätte kein Sand gestreut gewesen sein soll.

*

Allerlei aus der Provinz und den angrenzenden Staaten.

Die Erbauung einer Gasanstalt für die Gemeinden Keuschberg und Porbitz ist beschlossen. — Die schwedische Regierung hat Herrn Oskar Planer in Lützen zum Vize-Konsul für Schweden ernannt. — Die Ausführung des Kleinbahnprojekts Gommern—Grünewalde ist infolge des Widerspruchs des Forstfiskus zweifelhaft geworden. — In Gera (Reuß) starb an Alkoholvergiftung der 64jährige Schmied Bräunlich, der nachts auf der Straße gefunden wurde. — Der in den letzten Tagen herrschende orkanartige Sturm hat namentlich im Schwarzatale großen Schaden angerichtet. In den Wäldern sind vielfach Bäume entwurzelt. Eine Anzahl Bäume schlugen auf die Telephon- und Telegraphendrähte auf, so daß diese zerrissen und den dienstlichen Verkehr z. T. verhinderten. — In Langensalza hat die Stadtverordnetenversammlung den Neubau eines Schulgebäudes für Knaben- und Mädchenmittelschule einschließlich gemeinsam zu benutzender Turnhalle, Aula und Zeichensaal beschlossen. — Ein Oberkellner aus Erfurt, der kürzlich bei einer Hochzeitsfeier in Gotha infolge plötzlichen Auflachens sein künstliches Gebiß verschluckte, jetzt in einer Klinik in Eisenach gestorben. — In Pößneck hatte sich der Maschinenmeister Ludwig Dietzel vor kurzem eine Beinverletzung zugezogen, die sich zur Blutvergiftung entwickelte. Der Schwerkranke wurde nach Jena in die Klinik überführt, ist aber dort alsbald gestorben. — Die Landschaft des Herzogtums Altenburg ist zur Fortsetzung ihrer Beratungen auf heute, 20. Februar einberufen worden. — In Delitzsch wurde ein Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gegründet. — Sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum feierte in Gera der langjährige frühere Direktor des Realgymnasiums, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Kiesler, der am 17. Februar 1858 von der Universität Halle a. S. zum Dr. phil. promoviert wurde. — Auf der Bahnstrecke Schleiz—Schönberg, auf der bis jetzt nur Wagen der 2. und 3. Klasse verkehrten, wird vom 1. Mai ab auch die 4. Klasse in Dienst gestellt. — In Belgern (Elbe) soll ein Kinderheim gebaut werden, wozu der Stadt 10 000 Mk. vom Provinzial-Ausschuß bewilligt worden sind. — Am 1. März d. Js. wird die 11,49 Kilometer lange Teilstrecke Wurzbach—Unterlemnitz der Strecke Einsiedl—Lobenstein in Betrieb genommen. Auf ihr liegt zwischen Wurzbach und Unterlemnitz der lediglich dem Fernsprechverkehr dienende Haltpunkt Heinersdorf (Reuß).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802202-19/fragment/page=0002

Wissenschaft, Kunst und Theater.

hc. Hochschulnachrichten. Professor Dr. theol. Johannes Weiß, Vertreter der neutestamentlichen Exegese in Marburg, hat den Ruf an die Universität Heidelberg anstelle von Prof. A. Deißmann angenommen. — Dr. med. Ernst von Brücke (aus Wien) Assistent am physiologischen Institut der Leipziger Universität, hat sich daselbst als Privatdozent niedergelassen. — Auf eine 25jährige Tätigkeit als akademischer Lehrer kann am 20. ds. der ordentliche Professor der Dogmatik und der neutestamentlichen Exegese an der Universität Erlangen, Dr. theol. et phil. Paul Ewald, zurückblicken. Ewald ist ein geborener Leipziger 1857. — Aus München wird uns geschrieben: Der zum Nachfolger Furtwänglers auf den Lehrstuhl für Archäologie an der Münchener Universität berufene Professor Dr. Paul Wolters (bisher in Würzburg) übernimmt die Leitung der Kgl. Glyptothek und des Museums für Abgüsse klassischer Bildwerke; dagegen ist die Leitung des Kgl. Antiquariums und der Kgl. Münzsammlung dem Kustos Dr. Johannes Siebeking übertragen worden. Dr. Siebeking war seit 1890 unter Furtwängler tätig. — Ernannt wurde der a. o. Professor der physikalischen Chemie und Vorstand der photochemischen Abteilung am physikalisch-chemischen Institut der Universität Leipzig, Dr. phil. Robert Luther, zum ordentlichen Professor der Photographie an der technischen Hochschule zu Dresden vom 1. April 1908 ab. Bisher war das Lehrfach der Photographie an der Dresdener Hochschule durch den Dozenten, Hofrat Professor Hermann Krone vertreten. Dr. Luther ist 1868 zu Moskau geboren.

— **Düsseldorf**, 18. Febr. Die Stadtverordneten wählten als Nachfolger des Professors Behrens zum Leiter der Kunstgewerbeschule den Professor Kreis aus Dresden.

Letzte Telegramme.

Marokko.

Tanger, 19. Febr. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Casablanca hat 6 Kilometer von der Stadt ein wütender Angriff auf die französischen Streitkräfte stattgefunden. Die Kolonne, die Settat besetzt hält, soll von der Mahalla Mulay Hafids abgeschnitten sein. Zur Verteidigung der Stadt seien von den französischen und spanischen Kriegsschiffen Verstärkungen gelandet worden.

Paris, 20. Febr. Nach einem Telegramm des Admirals Philibert von gestern herrscht in den Häfen völlige Ruhe. Der Ministerpräsident bezeichnet daher alle Gerüchte über eine Landung französischer und spanischer Truppen zum Schutze von Casablanca und über eine französische Niederlage durch Mulay Hafid in der Nähe von Casablanca für phantastisch.

Düsseldorf, 19. Febr. Der Leiter der Düsseldorfer Akademie, Professor Peter Janssen, ist gestorben.

Bamberg, 19. Febr. Der Erzbischof hat an den Führer der liberalen Landtagsfraktion Cassselmann einen umfangreichen Brief gerichtet, in dem er betont, daß er als Erzbischof nach wie vor auf dem Standpunkte stehen bleibe, daß seit den Zeiten des Kulturkampfes in den weitesten Kreisen des katholischen Volkes die berechtigte Ansicht bestehe, daß liberal kirchenfeindlich bedeute. Deshalb könne Pfarrer Grandinger weder der liberalen Partei angehören, noch einen Reisepostel für sie machen.

Rom, 19. Febr. Dem „Osservatore Romano" zufolge wurde die von Professor Erhard-Straßburg geleistete Genugtuung zwar als genügend angesehen, bei der Schwere des Falles glaubte der Papst aber, seine Entscheidung, Erhard von der Liste seiner Hofprälaten zu streichen, nicht rückgängig machen zu können. Er hofft jedoch, daß Erhard es verstehen werde, von neuem sein Vertrauen zu gewinnen und die Ehrenstellung wieder zu erlangen.

Wien, 19. Febr. Um 10 Uhr 11 Minuten abends wurde hier ein starkes Lokalbeben verspürt. Die Erschütterung war so stark, daß beinahe alle Schreibstifte der seismographischen Apparate in der geodynamischen Anstalt abgeworfen wurden.

Christiania, 19. Febr. Das Konstitutionalkomitee des Storthings schlägt die Aufhebung der Königskrönung vor.

Urmia, 19. Febr. Die Mitglieder der türkischen Grenzkommission Daniel Pascha und Alinadir Pascha dementieren nachdrücklich die Meldung russischer Blätter über eine Mobilisierung in den an Rußland grenzenden Bezirken und andere von türkischer Seite gegen Rußland getroffene Maßregeln.

Tokio, 19. Febr. Die japanische Regierung übermittelte heute dem Botschafter der Vereinigten Staaten O'Brien eine Denkschrift, die dem Vernehmen nach mit einer Reihe von Vorschlägen der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Einwanderungsfrage übereinstimmt.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

= **Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei** (vormals R. Riebel & Kemnitz), Halle a. S. In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates der Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei, Halle a. S., wurde beschlossen, der am 18. März cr. abzuhaltenden Generalversammlung der Aktionäre für das Geschäftsjahr 1907 eine Dividende von 26 % (gegen 34 % in Vorjahre) in Vorschlag zu bringen.

W. **Der Abschluß der Nordbeutschen Bank in Hamburg** weist einen Bruttogewinn pro 1907 von 8 196 510,02 ℳ auf. Der Gewinn beläuft sich nach Abzug von Verwaltungskosten, Steuern usw. auf 6 078 520,09 ℳ. Der Aufsichtsrat erklärte sich einverstanden, die besondere Reserve mit 775 000 ℳ zu dotieren und der am 28. März d. Js. stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 9 Prozent für das Jahr 1907 (wie im Vorjahr) in Vorschlag zu bringen. Die hauptsächlichsten Gewinnposten betragen: Zinsenkonto und Hamburger Wechsel 3 396 040,14 ℳ, auf Konto auswärtige Wechsel 2 048 835,87 Mark, auf Wertpapiere, Konsortial- und Kommanditbeteiligungen 731 042,34 ℳ, auf Provisionskonto 1 986 145,65 ℳ.

C. T. C. **Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft.** In der Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft, Dessau, die am 19. cr. stattfand, wurde beschlossen, der am 28. März stattfindenden Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 8½ % gegen 8 % im Vorjahr vorzuschlagen. An der Dividende nimmt das vergrößerte Aktienkapital zum ersten Mal voll teil. Außerdem gestattet der Mehrgewinn, die Rückstellungen gegen das Vorjahr beträchtlich zu erhöhen.

W. F. B. **Eingestellter Bergbaubetrieb.** Der Bergbaubetrieb bei der bei Zittau gelegenen Kupfer- und Nickelwerke an der sächsisch-böhmischen Grenze wurde eingestellt, weil die erzführenden Gänge arm und unhaltend geworden sind.

*

Ueber die Lage des Rohzuckermarktes

während der Woche vom 11. bis 17. Februar wird der „Berliner Börsen-Ztg." u. a. aus Magdeburg geschrieben: Der Verkehr am Fabrikzuckermarkt war während dieser Berichtszeit recht gering; die Fabriken hielten angesichts der abgebröckelten Preise mit Angebot zurück, anderseits war aber auch die Kauflust der Raffinerien eine überaus mäßige, erst in den letzten Tagen zeigte hie und da eine Raffinerie etwas Kaufneigung, wobei dann notgedrungen die Forderungen der Rohzuckerfabriken bewilligt werden mußten. Das Hauptgeschäft der Woche wickelte sich in Nacherzeugnissen ab, die nicht nur ihren Standpunkt der Vorwoche behaupteten, sondern noch kleine Preisbesserungen zu erzielen vermochten, da die Zufuhren abzufallen beginnen. Der Verlauf des heutigen Marktes war ruhig, die Gebote für 88 Proz. Rend. lauteten 5 ₰ niedriger als am Sonnabend, die amtliche Feststellung ergab für: Kornzucker Grundl. 88 Proz. Rend. 9,65 lbs 9,75 ℳ; Nacherzeugnisse Grundl. 75 Proz. Rend. 7,90 bis 8,10 ℳ, beides ohne Sack, die 50 Kilogramm ab Stationen. Der hiesige amtliche Freitagsbericht gab die Umsätze mit 135 000 Ztr. (lediglich Zucker aus erster Hand) an; sonst meldeten: Hamburg 60 000 Ztr. (erste und zweite Hand), Braunschweig 30 000 Ztr., Halle a. S. 32 000 Ztr., Stettin 16 000 Ztr., Danzig 80 000 Zentner und Breslau 46 000 Ztr. Das Geschäft in Raffinaden war recht leblos, nur vereinzelt kamen neue Abschlüsse mit auswärtigen Plätzen zustande. Umsätze in Granulated wurden nicht bekannt. Die Entwickelung des Terminmarktes nahm keinen erfreulichen Verlauf, es fehlte die Anregung von außerhalb und deshalb mußten alle Versuche und Anläufe zur Hebung des Preisstandes zurzeit im Sande verlaufen. Die amtliche Feststellung ergab für Kornzucker, Grundl. 88 Proz. Rend., die 100 Kilogramm, fob. Hamburg Februar 19,70 ℳ Gd., 19,80 Mark B., März 19,90 ℳ Gd., 19,95 ℳ B., April 20,00 ℳ G., 20,10 ℳ B., Mai 20,15 ℳ Gd., 20,20 ℳ B., 20,20 ℳ bez., August 20,50 ℳ Gd., 20,55 ℳ B., 20,55 ℳ bez., Oktober-Dezember 19,40 ℳ Gd., 19,45 ℳ B. Danach hat laufende Ernte 15—10 ₰ die 100 Kilogramm gegen den Stand vom vergangenen Montag eingebüßt. — Die englischen Märkte verfolgten in der abgelaufenen Berichtswoche langsam weichende Richtung. Das Geschäft war im allgemeinen recht mäßig. Die Raffinerie kauften zu Beginn der Woche 88 Proz. Rend. zu 9 sh. 11 d. bis 9 sh. 10½ d., 75 Proz. Rend. zu 8 sh. 5 d. bis 1 sh. 4 d. fob. Der Rückgang der Preise stellt sich auf ca. 1 d p. cwt. Schlußpreise Sonnabend mittag für Beet, 88 Proz. Rend., p. cwt., fob. Hamburg: Februar 9 sh. 9¾ d. Käufer, März 9 sh. 10½ d. Abgeber, April 10 sh. ¼ d. Käufer, August 10 sh. 2½ d. bezahlt und Abgeber, Oktober-Dezember 9 sh. 8 d. Käufer. Englische Raffinaden hatten schleppenden Abzug bei teilweise etwas erniedrigten Forderungen. Für deutschen Granulated lag zu Beginn der Woche noch etwas Frage vor und wurde für Ready 11 sh. 9¾ d. fob. bezahlt, später fehlte jede Anregung. Februar-April-Lieferung weichselte zu 11 sh. 7½ d., Mai-August zu 11 sh. 9¾ d. bis 11 sh. 9 d. fob. die Hände. — Am Pariser Markt war die Stimmung bald ruhiger, bald stetiger, je nachdem die Berichte vom Auslande lauteten. Schlußpreise am Sonnabend mittag für weiß Nr. 3 die 100 Kilogramm: Februar 28,25 Fr. Käufer, März 28,50 Fr. Abgeber, Mai-August 29,25 Fr. Abgeber, Oktober-Januar 28,25 Fr. Käufer, 37½ Ctms. sind die Werte laufenden, 25 Ctms. die 100 Kilogramm die Werte neuer Betriebszeit im Laufe der Woche zurückgegangen. — Der Prager Markt setzte in matter Haltung ein und verkehrte später zumeist in ruhiger bezw. ruhigerer Stimmung. Die Preise büßten im Laufe der Woche 20 Heller die 100 Kilogramm für alte und neue Ernte ein. Die Umsätze in Fabrikzuckern waren unbedeutend. Raffinaden lagen durchweg ruhiger. — Der New-Yorker Markt war am Mittwoch Feiertags halber geschlossen; die Richtung der Preise ist jetzt durch die Ankünfte der Kuba- und Puerto Rico-Zucker bedingt, die man nur billig übernehmen will; die Herabsetzung der Preise von 0,07 cts. p. lb. am Donnerstag ist eine Folge dieser Politik. Man wartet darauf, daß die Kubaner, die Geld nötig haben, demnächst mit Angeboten zu 2¼ cts. p. lb. ab Kuba herauskommen werden. Andererseits wird am 4. Febr. berichtet, daß die Verkäufe in Rübenzucker-Granulated auf den Märkten östlich des Mississippi so flott vonstatten gegangen sind, daß die American Beet Sugar Co. und die Great Western Sugar Co. alle Angebote zurückgezogen haben. — In Deutschland war das Wetter bei zunächst leichten Niederschlägen milde und trübe, der Freitag und Sonnabend waren dann aber herrlich, seit gestern ist es jedoch wieder kälter und unfreundlich. Verzeichnet hat man auf hoch gelegenen Feldern die Feldarbeiten aufgenommen.

A. Produkten- und Warenmärkt.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 19. Febr. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II Febr. 216½ ℳ, Kansas 79 kg schwim. 209 ℳ, Jan./Febr. 207 ℳ, Febr./März 206½ ℳ, Barletta Russo 80 kg Jan. 208½ ℳ, Jan./Febr. 206½ ℳ, Febr./März 206 ℳ, La Plata ung. 80 kg Febr./März 205 ℳ, Bluestem Jan. 218 ℳ, Walla Walla Febr. 217 ℳ. — **Roggen:** Südruß. 9 Pud 10/15 Febr./März 207 ℳ, 15 26 Febr. März 208 ℳ, 9 Pud 10/15 Taganrog März-April 207 ℳ, 9 Pud 10 Novorossisk Febr./März 205 ℳ, Western II schwim. 211 ℳ. — **Futtergerste:** Südruß. 60/61 kg schwim. 141 ℳ, Febr. 141½ ℳ, April/Juni 141 ℳ. — **Mais:** Mixed dreihäfig Febr. 144 ℳ, gedarrt 146 ℳ, La Plata schwim. 150½ ℳ, April/Mai 139 ℳ, Mai/Juni 138 ℳ, Odessa schwim. 145½ ℳ.

— **Berlin**, 19. Febr. (**Berliner Produktenbörse.**) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 206 00—209,00 ℳ ab Bahn und frei Mühle, Mai 206,50—205,50 bis 205,75 ℳ, Juli 206,50—205,75 ℳ. Roggen inl. 195,00—196,00 ℳ ab Bahn u. frei Mühle, Mai 200,25—199,50 ℳ, Juli 197,00—196,25 ℳ. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 172,00 bis 185,00 ℳ, mittel 163,00—171,00 ℳ, gering 158,00—162,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bis —,— ℳ. Mais amerik. mixed 158,00—162,00 ℳ, runder 156,00—150,00 ℳ frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 152,00—162,00 ℳ, gute 163,00—180,00 ℳ, russ. und Donau leichte 150,00 bis 153,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausl. Futterware, mittel 180,00—186,00 ℳ, feine Futter- und Tauben- erbsen 187,00—195,00 ℳ, ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,75—29,50 ℳ. Roggenmehl 0 und 1 25,20—27,30 ℳ. Weizenkleie 12,50—13,25 ℳ. Roggenkleie 12,75—13,25 ℳ. Mittagsbörse: Weizen, inländ. 206,00—209,00 ℳ ab Bahn, Mai 205,75—206,25 205,25—206,50—206,00 ℳ, Juli 205,75—206,00—205,25—206,50 bis 206,00 ℳ. Roggen inländ. 195,00—196,00 ab Bahn, Mai 199,75—200,25—199,50—200,50—200,00 ℳ, Juli 196,25—196,75 bis 196,25—196,50—196,25 ℳ. Hafer Mai 167,25—167,00—167,25 ℳ, Juli 169,00—168,75—169,25 ℳ. Weizenmehl 00 26,50—29,25 ℳ. Roggenmehl 0 u. 1 25,20—27,20 ℳ, Mai 25,70—25,75 ℳ. Rüböl, Mai 71,60—71,70—71,30—71,40 ℳ, Oktober 69,80—69,00 bis 69,10 ℳ.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 19. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 206,00, Juli 206,00. Newyork, Red Winter Nr. 2 loko 150,10, Mai 154,00. Chicago Northern I Spring, Mai 141,65, Juli 135,85. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 151,60. Paris Lieferungsware Februar 175,90, Budapest Lieferungsware April 195,80. Odessa Ulta $9^{25}/_{30}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 178,55. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr. Mai 200,00, Juli 196,25. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 153,80. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 167,25, Juli 169,25. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 115,00. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Stroh und Heu.

— **Magdeburg**, 19. Febr. Richtstroh 5,50—6,00 Mk., Krummstroh, 4,00—4,50 Mk., **Heu** 8,00—9,00 Mk., für 100 kg.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 19. Februar. Eßkartoffeln 6,00—7,00 Mk., für 100 Kilogramm.

— **Magdeburger Handelsbericht** vom 19. Febr. (Nichtamtlich). **Prima** Kartoffelstärke und »Mehl für 100 kg 27,50—25,75 ℳ.

— **Berlin**, 19. Febr. Kartoffelstärke 24,75—25,25 Mk., Kartoffelmehl 24,75—25,25 Mk., feuchte Stärke 14,50 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 19. Febr. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 66,50—67,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 74,25—75,25 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Korn- branntweinfabrikanten E. B. durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 19. Februar. Spiritus fest, Februar $32^1/_8$ G., Februar-März $32^1/_8$ G., März-April $32^1/_8$ G.

— **Paris**, 19. Februar. Spiritus ruhig, Februar 44,50, März 45,00, Mai-August 46,50, Septbr.-Dezbr. 41,50.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 19. Febr. Rüböl loko 77,50, Mai 76,50.

— **Hamburg**, 19. Febr. Rüböl ruhig, loko verzollt 75,00.

— **Paris**, 19. Februar. Rüböl ruhig, Februar 85,25, März 84,25, März-April 83,75, Mai-August 80,25.

— **Amsterdam**. 19. Febr. Leinöl flau, loko $24^1/_4$, März $23^7/_8$, März-April $23^5/_8$, Mai —, Mai-August $22^1/_2$, Sept.-Dezbr. $22^1/_8$.

W. Pest, 19. Febr. Raps ruhig per August 16,65 Gd., 16,75 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 19. Febr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88°/₀ Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 19,70, per März 19,80. Mai 20,10, per August 20,50, per Oktober 19,50, Dezember 19,45. Tendenz: Stetig.

W. **London**, 19. Febr. 96% Java-Zucker prompt ruhig, 10 sh. 9 d. Verk. Rüben-Rohzucker Februar matt, 9 sh. 9 d. Verk.

Kaffee.

— **Hamburg**, 19. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März $32^3/_4$ G., Mai $33^1/_4$ G., September $33^3/_4$ G., Dezember 34. Tendenz: Ruhig.

— **Amsterdam**, 19. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 37.

— **Havre**, 19. Febr. Kaffee. Good average Santos März 42,50, Mai 42,50, Septbr. 42,50, Dez. 42,50. Tendenz: Behauptet.

W. **Rio de Janeiro**, 18. Febr. Kaffee. Zufuhr 11 000 Sack in Rio, 16 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 19. Februar. Baumwolle, still. Upland midding loco $58^3/_4$ Pfg.

— **Antwerpen**, 19. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Febr. 5,40 Verkäufer, Oktober 4,85 Käufer. Behauptet.

— **Liverpool**, 19. Febr. Baumwolle. Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per Febr. 5,72, per Febr.-März 5,72, per März-April 5,74, per April-Mai 5,73, per Mai-Juni 5,73, per Juni-Juli 5,71, per Juli-August 5,68, per Aug.-September 5,59, per Sept.-Okt. 5,50, per Okt.-Nov. 5,42.

Petroleum.

— **Hamburg**, 19. Febr. Petroleum fest, Standard white loko 7,55.

Metalle.

— **Amsterdam**, 19. Februar. Banczinn träge, loco $76^1/_4$.

— **London**, 19 Febr. Silber $25^{15}/_{16}$ Lstrl. Chili-Kupfer $56^5/_8$ Lstrl., per 3 Monate $56^7/_8$ Lstrl. Blei, pan. 14 Lstrl., engl. $14^3/_8$ Lstrl. Zinn $126^1/_8$ Lstrl. Zink $21^1/_2$ Lstrl.

— **Glasgow**, 19. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 8 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Berlin**, 19. Febr. Städtischer Schlachtviehmarkt, Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 434 Rinder. 2781 Kälber, 1425 Schafe, 17825 Schweine. **Kälber:** A. 82—86, B. 71—76, C. 42—48, D. ——— ℳ. **Schafe** A. 78 bis 81, B. 68—71, C. 55—59, D. ——— ℳ. **Schweine:** A. 54, B. 50—52, C. 46—49, D. 50 ℳ. — Tendenz: Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 200 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ganz schleppend und wird nicht ausverkauft; ausgesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen fanden noch nicht zwei Drittel des Auftriebes Absatz. Der Schweinemarkt verlief gedrückt und schleppend und hinterläßt erheblichen Ueberstand.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 19. Februar. Auftrieb: 4634 Schweine, 280 Ferkel. Verlauf des Marktes: Mittelmäßiges Geschäft, Preise unverändert. Es wurde gezahlt im Engroshandel für Läuferschweine: 6—7 Monate alt 34—54 ℳ, 3—5 Monate alt 22—33 ℳ; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 16—25 ℳ, unter 8 Wochen alt 13—15 ℳ.

Fleisch. Butter. Eier.

— **Magdeburg**, 19. Febr. Rindfleisch im Großhandel 1,08 bis 1,35 Mk., von der Keule 1,50—1,60 Mk., Bauchfleisch 1,30—1,50 Mk. Schweinefleisch 1,30—1,60 Mk., Kalbfleisch 1,40—1,70 Mk., Hammelfleisch 1,40—1,70 Mk., Speck, geräuch. 1,50—1,60 Mk., Eßbutter 2,50 bis 2,80 Mk., alles für 1 kg, Eier, für 60 Stück 4,00—4,60 Mk.

Fische.

— **Hamburg**, 18. Febr. Die heutigen Engrospreise stellten sich je nach Qualität per Zentner: Steinbutt, große und mittel 180—200 Mk., kleine 120—150 Mk., Seezungen, große 230—240 Mk., kleine 130 bis 160 Mk., Heilbutt 80—90 Mk., Kleife, große 80—90 Mk., kleine 40—50 Mk., Rotzungen 70—80 Mk., Schollen, große 65—80 Mk., mittel 40—50 Mk., kleine 25—35 Mk., Karpfen, lebende 85—90 Mk., Schellfische, große 30—40 Mk., mittel 20—30 Mk., kleine 10—12 Mk., Kabliau, große 20—30 Mk., kleine 20—25 Mk., Seehechte 35—45 Mk., Lengfisch 18—20 Mk., Blaufische 14—16 Mk., Petermännchen —,— Mk., Knurrhähne 12—15 Mk., Dorsch 30—35 Mk., Rochen 10—15 Mk., Elbhaks —,— Mk., Lachs rotfl. 280—300 Mk., Silberlachs —,— Mk., Lachsforellen 150—300 Mk., Zander 65—110 Mk., Flußhechte 75—80 Mk., Barse 30—40 Mk., Brachsen 30—40 Mk., Schnepel —,— Mk., Hummern, lebende 240—250 Mk. Heringe, frische, per Kolli —,— Mk. Nordsee-Austern, 100 St. — Mk.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 19. Febr. Roter Winter-Weizen loko 98, per März ——, per Mai 100, per Juli $95^3/_4$, per Sept. ——, **Mais** per Mai $69^3/_4$, per Juli $68^1/_8$, per Sept. ——. Mehl 4,35. **Getreidefracht nach Liverpool** $1^3/_4$.

W. **Chicago**, 19. Februar. Weizen per Mai $92^1/_8$, per Juli $88^1/_8$, **Mais** per Mai $60^3/_8$.

W. New-York, 19. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. in Refined Cases 10,90, do. **Credit Balances at Oil City** 178.

W. New-York, 19. Febr. Schmalz Westernsteam 7,65, Rohe und **Brothers** 7,85.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gebensleben**; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Ebeling**; für Lokales: i. V.: derselbe; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802202-19/fragment/page=0003

Berliner Börse, 19. Febr. 1900

Umrechnungsstriche: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. F. R. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85, 1 F. d. sudd.: 1,2, 1 F. d. holl.: 1,70, 1 Milreis: 2,25, 1 Rbl.: 1,15, 1 Kr.: 1,15, 1 Rbl.: 2,15, 1 Gold-Rbl.: 3,20, — 1 Peso: 4, — 1 Doll.: 4,20, — 1 Lstr.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4½%.

Nachdruck verb.

Die Rubrik in Geschäftsfreiheit gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1.,1.4. 1.7.,1.10. = 1.1.,1.7. 1.1.,1.4. 1.4.,1.10. 1.1.,1.7. 1.1.,1.7. 1.1.,1.7